

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundzüge, 26 mm breit, Nr. 400. — für auswärts Nr. 500. — für das Ausland Nr. 3000. —
Kleinanzeigen, 81 mm breit, Nr. 1800. — für auswärts Nr. 2000. —
für das Ausland Nr. 6000. — Zeitungspreise für Buchführerzeitung
Nr. 200. — Preisermäßigung für Zeitungsabnehmer, die den
Konten und Bilanzen keine Gewähr übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei jeder Zustellung ins Haus durch den Boten
monatlich M. 3000. — Postbezugspreis für die Deutsche Postzeitung
in den Postämtern. Belegpreis für die Deutsche Postzeitung monatlich
M. 15. — Kreuzbandentwurf am Monatsende Nr. 1600. —
Kreuzbandentwurf nach dem Einzelnummer Nr. 300. —
Kreuzbandentwurf Nr. 3500. —

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27 950, 27 951, 27 952 und 27 953. • Postcheckkonto: Dresden Nr. 2060
Zustellungsbedingungen (ohne Adressänderung) werden separat mitgeteilt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Anteils

Nr. 107

Donnerstag, 10. Mai 1923

XXXI. Jahrg.

Die tollgewordenen Henker

Das Wahnsinnsurteil im Krupp-Prozess und seine Folgen — Können wir unter diesen Umständen verhandeln? — Ueberfall auf den Expresszug Schanghai-Peking

Ueberraschende Erklärung Englands

B. Berlin, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die englische Antwort wird, wie der „Völkischen Zeitung“ aus London gemeldet wird, frühestens heute mittags durch die deutsche Botschaft in London über den englischen Botschafter in Berlin an die Reichsregierung übermitteln werden. Die politische Bedeutung der englischen Erklärung ist schwer zu überschätzen. Dieselbe ist ein Schritt, der die moralische Verpflichtung für diesen Schritt vor der Welt und ihren Bundesgenossen auf sich nimmt. Am morgigen Donnerstag wird dann nach Bekanntgabe der englischen Antwort die Unterhaus-Debatte über den Fall des „Hindenburg“ unter der Leitung von Lord Curzon stattfinden. Dabei werden die Arbeiterpartei, die Unionist-Partei und die Liberal-Partei teilnehmen.

England bedauert die französische Sondernote

London, 8. Mai. (Reuter.) Im Unterhaus verlas Schepherdson heute eine Erklärung über die deutsche Note. Er sagte: Die britische Regierung war der Ansicht, daß der beste und natürlichste Weg gewesen wäre, eine mit den Regierungen von Frankreich, Italien und Belgien vereinbarte gemeinsame Antwort auf die deutsche Note abzugeben, um so mehr, als die Note eine Antwort auf die von Curzon öffentlich und amtlich gemachte Anregung war und daß hauptsächlich in Frage kommende Problem, das der Reparationen, ein Problem ist, an dem alle Mächte, und nicht nur Frankreich und Belgien allein, in hohem

Grade interessiert sind. Auch brauchten sich nach Ansicht der britischen Regierung keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu ergeben bei der Aufhebung einer Kollektivantwort unter dem Vorbehalte, daß die französische und die belgische Regierung die aus der Beziehung deutschen Gebiets durch ihre militärischen Streitkräfte sich ergebenden Fragen gesondert behandeln, falls sie es wünschten. Die britische Regierung hatte Grund zu der Annahme, daß die Auffassung von einigen ihrer Alliierten geteilt würden, und war vollkommen bereit, dazugehörige Vorschläge zu machen, nachdem sie schon ihre allgemeinen Ansichten den alliierten Regierungen mitgeteilt hatte, als sie offiziell davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß die französische und die belgische Regierung schon für sich allein eine gemeinsame Antwort aufgelegt hatten, deren Text der britischen Regierung am Donnerstagmorgen mit der Bemerkung mitgeteilt wurde, daß sie binnen 24 Stunden den deutschen Botschaftern in Paris und Brüssel überreicht werden würden. Die britische Regierung bedauert, was ihr an diesem Schritt als eine unglückliche Ueberflüchtigung erscheint und als Verlust einer Gelegenheit, die sich nach ihrer Ansicht bei einer gemeinsamen Rundgebung erneut die Solidarität der Entente der Alliierten zu zeigen. Die britische Regierung sieht sich insofern nicht von der Pflicht entbunden, ihre Ansicht in Verantwortung der deutschen Note festzusetzen, und beabsichtigt, dies mit dem geringsten Aufschub zu tun. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die italienische Regierung, deren Haltung sich in allgemeiner Ueber einstimmung mit derjenigen der britischen Regierung befindet, ein ähnliches Vorgehen erwägt.
Lord Curzon gab im Oberhaus eine gleichlautende Erklärung ab.

Eine neue Situation

Das Werdenur Urteil, das den gestern mittag veröffentlichten Entwürfen des französischen Staatsanwalts folgte, hat, wenn man nach den bisherigen Erfahrungen mit der französischen Justiz aussergerichtetes Urteil erwartet, so, sich sogar auf ein hohes Strafmaß gefaßt gemacht hatte, infolge seiner grausamen Härte wie eine Bombe eingeschlagen. Auf vieles ist man bei der französischen Staatsjustiz, die sich mitten im deutschen Lande, wohl drehend und Unrecht sprechend, installiert hat, gefaßt gewesen — auf dies doch nicht. Das Urteil wird einem Mann vor so viel kaltem Stahl, vor der schier stählernen Härte, mit der die Franzosen hier verfahren, die Worte, die sie herausgeben, durch drakonische Strafen zu verdecken, die von ihnen aber Unschuldige und Unbedeutende verhängt werden. Das Urteil von Werden ist, wenn man so will, ein Blick in die Rente der französischen Gesellschaft, nur können, gewalttätiger, verächtlicher als alles, was wir im Krieg und Nachkriegszeit an ihr gesehen. Bei der Welt da draußen, die die Zusammenhänge nicht so kennt, wie wir (und wie die Franzosen) sie kennen, die naturgemäß auch dem Verstand des Prozeses nur oberflächlich gefolgt ist, soll der Eindruck hervorgehoben werden, daß die so ungeschicklichen Strafen bedauern auch ungeheure Schuld auf sich haben, daß die in Wahrheit Angegriffenen die eigentlichen Angreifer waren.

Den Justizmord von Werden hat die Zeitung der französischen Politik auf dem Gemissen. In einem Moment, wo von England und von Italien förmlich auf Verhandlungen und Friedensschluss gedrängt wird, hat sie, der diese Verhandlungen nicht in ihre weit ausgreifenden imperialistisch-militärischen Ziele passen, durch einen Mordanschlag die Fäden gezogen, die man da und dort zu spinnen begann, zu reißen wollen. Das wird ihr, fürchten wir, auch gelingen sein. Wir können uns nicht vorstellen, daß sich eine deutsche Regierung oder auch nur ein deutscher Mensch finden möchte, der nach diesem Spruch es noch über sich bringen könnte, mit den toll gewordenen Henkern sich an denselben Verhandlungstisch zu setzen.

Wir sind geistlos geworden und sind bereit — wir haben's hundertmal erwiesen — die Folgen des verlorenen Krieges zu tragen. Aber wir würden den letzten Rest von Ehre verlieren und mit der Selbstachtung auch den Anspruch auf die Achtung anderer, wenn wir auch diesen Schritt geistlos geduldig hinnehmen und, als ob nichts geschehen wäre, in der internationalen Diskussion fortführen. Es ist, im Licht des Werdenur Urteils, ganz gut, daß man in England mit der Antwort auf den deutschen Vorschlag sich Zeit genommen hat. Die Urteilsverfälschung eine neue Situation. Es ist zu erwarten, daß die englischen und belgischen Noten an ihm nicht vorbeigehen.
Unter diesen Umständen sind natürlich alle bisherigen Dispositionen über den Dausen geworden. Eher ist nur das eine: wenn der Komplex am Freitag über die außenpolitische Lage im Reichstag sprechen sollte.

Wir er dabei in erster Reihe von dem auf deutschem Boden von Frankreich verübten Justizverbrechen zu sprechen haben. Das Urteil von Werden ist eines von jenen politischen Urteilen, auf die man sich in keinem Lande besser versteht als in Frankreich. Der Quai d'Orsay hatte den Mordbefehl gegeben, die Angeklagten für schuldig zu befinden, was die Verhandlung auch ergeben müßte. Man wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, dem französischen Volke die Revanche zu verschaffen, daß der Mann in einem französischen Justizhaus für anderthalb Jahrzehnte verschwand, der während des Krieges als Mittelpunkt der deutschen Ueberflüchtigung galt. Jetzt ist er wehrlos in französischen Händen — jetzt endlich glaubt man in Frankreich ein sichtbares und greifbares Symbol dafür zu besitzen, daß man wirklich und wahrhaftig den Krieg gewonnen hat.

Der weltanschauliche Verteidiger Moriaud — also kein Deutscher, sondern ein Ausländer, und zwar aus einer großen europäischen, wo man keine geringere Abneigung gegen alles Deutsche hat als in Frankreich selbst — hat die französischen Richter vor einem harten Urteil gewarnt und auf die unumgänglichen Folgen hingewiesen, Folgen, die sich vor allem im Industriegebiet selbst bemerkbar machen müßten. Die französische Politik — denn die Justiz war in diesem Falle nur ihre Hure — ist über diese Warnung hinweggegangen. Bewußt hinweggegangen. Denn diese Folgen wünscht man ja gerade! Nichts läme den französischen Staatsmännern und Generalen gelegener als blutige Szenen in den Städten des Industriegebietes, nichts erwünschter als eine Wandlung des passiven Widerstandes in einen aktiven.

Dann wäre man ja wieder Herr der Situation! Militärisch und diplomatisch! Dann hätte man Gelegenheit, mit Pulver und Blei, Tanks und Fliegerbomben Kirchhöfe in Essen, Bochum, Dortmund und Duisburg heranzuführen. Dann könnte man jede Gewalttat und jeden Terror vor der ununterrichteten oder schlecht und falsch unterrichteten Welt rechtfertigen. Dann hätte man Gründe über Gründe, nicht in Verhandlungen einzutreten, sondern Deutschland die Bedingungen zu diktieren, unter denen es in Zukunft im Schatten der glorreichen französischen Republik noch atmen darf.

Es wird schwer, ungeheuerlich schwer sein für die Männer und Frauen im Ruhrgebiet, noch länger die Herren zu behalten, noch länger das nerventzerrnde Wechselspiel der passiven Resistenz fortzusetzen! Und doch muß auch dieses letzte, schwerste Opfer von ihnen verlangt werden um Deutschlands willen. Und doch dürfen sie sich gerade jetzt nicht an unglücklichen Aktionen beteiligen lassen. Sie leisten nur sich, ihre Frauen und Kinder und das ganze deutsche Volk den Franzosen und Welser, die nur darauf warten, „ganze Arbeit machen“ zu können, wie es täglich in der Pariser Boulevard-Presse vorgeklopelt wird.

Der Eindruck des Urteils in Berlin

B. Berlin, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das lähmende Ansinnen, das sich gestern Abend auf alle legt, die von dem Werdenur Schreckensurteil erfahren, kommt auch in der Berliner Presse zum Ausdruck. Von rechts nach links ist mit ganz geringen Nuancen nur eine Stimme der Empörung. Ein paar besonders charakteristische Bemerkungen seien immerhin herausgehoben. In der „Völkischen Zeitung“ schreibt der bekannte, auch literarisch vielfach tüchtige Kameradschaftswortführer Erich Gied: „Wo nimmt das französische Kriegsgesicht die Besugnis her, über Deutsche, aber Zivilisten zu urteilen? Was dem Kriegsdreck? Es ist ja kein Krieg. Aus dem Völkerricht? Das weiß nicht davon. Was gibt ihm die Befugnis, französische „Sondernoten“ anzuhängen? Wo sind die feilen Strafgebühren, ohne welche eine zivilisierte Rechtsprechung nicht möglich ist? Im „Kosmos“ wird an den Werdenur-Prozess erinnert und an die Ereignisse, die sich vor 25 Jahren in Paris zugetragen haben: „Jola und Clemenceau haben damals festgestellt, daß französische Generale, sogar ein Mann, den das Volk zur höchsten Staatswürde erhoben hatte, Melinde gefesselt haben, damit ein Unschuldiger verurteilt würde. Wird sich heute in Frankreich irgendwelche Jola finden, welcher dem Gericht von Werden die Waage vom Gewicht reicht? Die „D. N. Z.“ zieht aus dem Schandurteil von Werden den Schluß, daß nunmehr der passive Widerstand auch auf die Gerichtskommissionen angewandt werden, die nach in Vorbereitung sind. Bedeutung vor allem indes erscheint uns, was der „Vormärz“ schreibt: „Nach dieser Verurteilung, eine besondere Gegenmaßnahme gegen die Industriellen vorzunehmen, wird seinen Zweck nicht erreichen. Was die sozialdemokratischen Arbeiter des Ruhrgebietes noch auch mit den Vertretern des Kapitals auszusprechen haben werden, in ihrer Ablehnung der französischen Gewaltpolitik und ihrem Willen, ihr passives Widerstand zu leisten, sind sie sich wohl einig. Der Spruch des Kriegesgerichts wird deshalb in ihrem Reihen nur Empörung auslösen und sie in ihrem Willen bestärken, der französischen Gewalt das Recht entgegenzusetzen, das von den französischen Kriegsverurteilten auf neue so schamlos verurteilt wurde.“ Die Groteske aber neben der Tragödie: Die kommunisten rufen für Sonntag vormittag in Berlin zu einer Kundgebung im Lustgarten auf mit der unheimlich aktuellen Parole: „Protestiert gegen die Verurteilung der deutschen und französischen Kapitalisten (I) auf Kosten der deutschen arbeitenden Massen!“ Verhandlung auf Grund von 10jährigter Kettenhaft!

Der französische Militarismus und seine Dirne

Amliche Erklärung zum Werdenur Urteil
X. Berlin, 9. Mai. Amliche wird zu dem Urteil im Krupp-Prozess erklärt: In unerschütterlicher Verurteilung der Mordtaten haben die Verurteilter aber ihre eigenen Opfer zu Gericht gesellen und ein Urteil gesprochen, das die erste Untat durch eine zweite verdecken soll. Ein Gericht, das kein Gericht ist, weil es keine Spur von Recht hat, auf deutschem Boden Recht zu sprechen, hat ein Urteil gefällt, das kein Urteil ist, sondern reine Gewalttat. Nicht die Würder der 14 deutschen Arbeiter, die am Reaktionsabend dem französischen Militarismus schuldlos zum Opfer fielen, hat die französische Militärjustiz verurteilt, sondern 10 ehrenhafte, vaterlandsliebende deutsche Bürger, Männer, die nicht einmal an der friedlichen Demonstration der Krupp-Arbeiter gegen den militärischen Ueberfall auf ihre Arbeitsstätten beteiligt waren, und mit maßloser Grausamkeit verurteilt wurden.

Wir einem Schrei des Entsetzens wird dieses Schreckensurteil in Deutschland angenommen werden, mit einem Schrei der Empörung muß es in der ganzen Welt, wo nicht das Gefühl für Menschlichkeit aufgehoben ist, nachgewiesen werden. Nicht Recht zu finden geht es hier für das französische Militärgericht, sondern sich in den Dienst machtmächtiger Gewaltpolitik zu stellen. Die französische Justiz hat sich damit unverhüllt zur Dirne des französischen Militarismus gemacht. Die Richter haben sich selbst verurteilt, und niemand wird ihnen den Platz am Pranger nehmen, auf den sie selbst gesetzt haben. Ruhrgebiet und Rheinlande werden, das sind wir gewiß, auch diesem beispiellosen Terror ihrer Feindgenossen nicht erliegen, sondern in gleicher Treue und Opferbereitschaft, wie bisher alle Schichten der Bevölkerung an den Tag gelegt haben, verharren, bis Recht wieder Recht geworden ist.

Scharfe britische Note an Rußland

B. Berlin, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die britische Regierung hat nach Londoner Meldungen nach Moskau eine Note gerichtet, in der unter Androhung des Abbruchs der Handelsbeziehungen innerhalb von zehn Tagen die Einstellung jeglicher anti-englischer und sonstiger Propaganda in Indien durch Sowjetagenten gefordert wird.

Reparationen und interalliierte Schulden

Amerika unangiebig — Keine Verquickung der beiden Fragen
London, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.) No deutlicher hat die durch die deutsche Note verursachte Lage überblicken läßt, desto mehr behält sich die Aufmerksamkeit, daß eine Lösung der Reparationsfrage ohne vorherige Klärung der interalliierten Schuldenfrage ist unmöglich erscheint und daß alle deutschen Vorschläge scheitern müssen, solange dieses Hindernis nicht beseitigt ist. Der parlamentarische Vertreter der „Times“ hat von amtlicher französischer Stelle folgende erbauliche Erklärung erhalten: „Wir sehen von 50 Milliarden Goldmark aus, von denen Frankreich 26 Milliarden erhalten muß. Auf die Cobden sind wir nur in dem Maße verpflichtet, in dem unsere eigenen Schulden getilgt werden. Wenn unsere Schulden nicht abgezahlt werden, so gibt es auch keine Verminderung des Zahlungsplans.“ Auf der anderen Seite melden die „Daily News“ aus Washington: Der aus Paris abgedruckte Bericht, daß die interalliierte Schuldentragung mit der Regelung der Reparationsfrage einbezogen werden soll, wird in Amerika mit unerschütterlicher Unerschuldung angenommen. Es wird ganz bestimmt erklärt, daß die Vereinigten Staaten eine Verbindlichkeit auf dieser Grundlage nicht unterkennen könnten. Nach deutscher Seite ist ein Telegramm der „Times“ aus Washington, in dem folgendes bemerkenswerte Bild über die amerikanischen Stimmung entworfen wird: Wenn in der amerikanischen Haltung eine Reparationsfrage überhand eine Herabsetzung eintritt, so besteht sie in einem merkwürdigen Kontrast der Gleichgültigkeit gegen diese ganze Geschichte. Zweifellos ist infolgedessen keine Herabsetzung einzuwirken, als die amerikanische Politik weiterhin darauf besteht, daß die Reparationsfrage und die Frage der alliierten Schulden getrennt behandelt werden müssen.

300 Europäer von Chinesen entführt

London, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Eine Gruppe von mehr als 1000 chinesischen Banditen hat einen Ueberfall auf den Expresszug Schanghai-Peking unternommen und ungefähr 300 europäische Reisende gefangen genommen. Es werden folgende Einzelheiten bekannt: Nach einem Telegramm aus Peking ist anzunehmen, daß die Räuberbande sich aus früheren Mannschaften aufgespürter Truppenteile zusammensetzte, die nun einen Teil einer anderen Räuberorganisation darstellen, die über 4000 Mitglieder zählt. Die Regierung hat Truppen gegen die Räuberbande entsandt, und es soll bereits zu ersten Kämpfen gekommen sein. Nach amerikanischen Meldungen sollen die Banditen alle weiblichen Gefangenen, unter denen sich übrigens auch eine Richterin Rodricuez befand, freigelassen haben. Die Richterin der Reisenden sind Mexikaner. Unter den übrigen befinden sich vor allem Engländer, Franzosen und Italiener. Ob auch Deutsche darunter sind, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Nach einem Telegramm aus Washington erklärte der amerikanische Gesandte in Peking, daß der Vorfall eine ernste Lage schaffe und die guten Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten zu gefährden drohe. Der Gesandte hat bereits selbstständig bei der chinesischen Regierung in Peking Protest eingelegt. Man erwartet, daß er von seiner Regierung den Auftrag erhalten wird, zu den kaiserlichen Mitteln zu greifen, um die Freilassung und die Sicherung der gefangenen Amerikaner zu erlangen. Man glaubt in Amerika nicht, daß die Regierung von Peking oder Canton für den Ueberfall verantwortlich sind. Aber man sieht in dem Vorfall einen Beweis dafür, daß die Kontrolle über die nördlichen Provinzen nicht mehr genügende Sicherheiten bietet. Nach Londoner Informationen wird der Räuberzug eines amerikanischen Bürgerkrieges auch an der mandchurischen Grenze und in anderen Teilen des Landes befeuert.

Ein Telegramm des Reichskanzlers

X. Berlin, 9. Mai. Der Reichskanzler Cuno hat an das Direktorium und den Betriebsrat der Kruppwerke in Essen ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: „Der Werdenur Spruch kann die Schuld an dem Henker Arbeitermord nicht von den französischen Gewalttätigern nehmen, an deren Stelle zum Mitglieder des Direktoriums und des Betriebs-